

No. 33462

**GERMANY
and
MONGOLIA**

**Treaty concerning the promotion and mutual protection of
investments (with protocol). Signed at Bonn on 26 June
1991**

Authentic texts: German and Mongolian.

Registered by Germany on 17 December 1996.

**ALLEMAGNE
et
MONGOLIE**

**Traité relatif à la promotion et à la protection mutuelle des
investissements (avec protocole). Signé à Bonn le 26 juin
1991**

Textes authentiques : allemand et mongol.

Enregistré par l'Allemagne le 17 décembre 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DER MONGOLISCHEN VOLKSREPUBLIK ÜBER DIE
FÖRDERUNG UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON
KAPITALANLAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Mongolische Volksrepublik,
im folgenden Vertragsparteien genannt. —

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen
beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen
von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im
Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher
Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaft-
liche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu
mehren —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder
Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen
sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und
Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von
Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen
wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf
Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Ur-
heberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Mu-
ster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und

Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt:

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Mongolische Volksrepublik:
Mongolen im Sinne der Verfassung der Mongolischen Volksrepublik;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
 - b) in bezug auf die Mongolische Volksrepublik:
jede wirtschaftliche Vereinigung, die nach den Gesetzen der Mongolischen Volksrepublik gegründet worden ist und ihren Sitz in der Mongolischen Volksrepublik hat.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet zugelassen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, sowie Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Die in Absatz 1 genannte Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(3) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vorteile, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der vollständigen Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, der Verstaatlichung oder der vergleichbaren Maß-

nahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 5 oder nach Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für noch bestehende Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften oder einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen

ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Schiedsverfahren. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Ulan Bator ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach

deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 26. Juni 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mongolischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:
GENSCHER

Für die Mongolische
Volksrepublik:
GOMBOSUREN

PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolischen Volksrepublik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und

Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innemal einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines vollständigen und formgerechten Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Bonn am 26. Juni 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mongolischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

GENSCHER

Für die Mongolische
Volksrepublik:

GOMBOSUREN

[MONGOLIAN TEXT — TEXTE MONGOL]

ХОЛБООНЫ БУГД НАЙРАМДАХ I ЕРМАН УЛС, БУГД НАЙРАМДАХ МОНГОЛ АРД УЛСЫН ХООРОНДЫН ХӨРӨНГӨ ОРУУЛАЛТЫГ ХӨХУУЛЭН ДЭМЖИХ, ХАРИЛЦАН ХАМГААЛАХ ТУХАЙ ГЭРЭЭ

Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улс

ба

Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улс
(цаашид Хэлэлцэн тохирогч Талууд гэх)

хоёр улсын хоорондын эдийн засгийн хамтын ажиллагааг гүнзгийрүүлэхийг хүсч,

аль аль улсын иргэд болон компаниас нөгөө улсын нутаг дэвсгэрт хөрөнгө оруулахад тааламжтай нөхцөл бүрдүүлэхийг эрмэлзэн,

ийнхүү хөрөнгө оруулалт хийх явдлыг хөхүүлэн дэмжих, гэрээгээр хамгаалах нь хувийн салбарт ажил хэргийн санаачилгыг идэвхжүүлэх, улмаар хоёр орны ард түмний аж байдлыг дээшлүүлэх болно гэдгийг хүлээн зөвшөөрч,

дорхи зүйлийг хэлэлцэн тохиров.

Нэгдүгээр зүйл

Энэхүү Гэрээний:

- 1) „хөрөнгө оруулалт“ гэсэн нэр томъёогоор бүх төрлийн үнэ өртөг бүхий зүйл, ялангуяа
 - а) хөдлөх ба үл хөдлөх хөрөнгө, тэрчлэн эд хөрөнгийн дэнчин, барьцаа зэрэг өмчийн бусад аль ч эрх,
 - б) компаний хувьцаа болон компаний талаарх ашиг сонирхлын бусад хэлбэр,
 - в) эдийн засгийн өртөг үүсгэхэд зарцуулсан мөнгө болон эдийн засгийн өртөг бүхий аль ч ажил үүргийн биелэлтийг шаардах эрх,
 - г) зохиогчийн эрх, патент, хэрэглээний болон сурталчилгааны загварууд, барааны тэмдэг, пүүсийн нэр, пүүсийн болон ажил хэргийн нууц, техникийн ажиллабар, ноу-хау, пүүсийн нэр хүнд зэрэг оюуны өмчийн эрхүүд,

д) хууль тогтоомжийн дагуу үйл ажиллагаа явуулах зөвшөөрөл (концесс), тухайлбал байгалийн баялгийг эрж хайх, боловсруулах, ашиглах зөвшөөрлийг хэлнэ.

Хөрөнгө оруулсан үнэ өртөг бүхий зүйлийн хэлбэрийн өөрчлөлт тэдгээрээс хөрөнгө оруулалт гэсэн ангилалд багтах явдалд үл нөлөөлнө;

- 2) „өгөөж” гэдгээр ашиг, ногдол ашиг, хүү, шан харамж буюу шагнал зэрэг тодорхой хугацаанд хөрөнгө оруулалтын үр дүнд олсон орлогыг нэрлэнэ;
- 3) „иргэн” гэсэн нэр томъёогоор
 - а) Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хувьд Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын Үндсэн хуульд тодорхойлон заасан германчуудыг хэлнэ,
 - б) Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын хувьд Үндсэн хуульд дурдсан Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын иргэдийг хэлнэ;
- 4) „компани” гэсэн нэр томъёогоор
 - а) Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын хувьд Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улсын нутаг дэвсгэрт оршдог хуулийн аль ч этгээд, тэрчлэн хууль зүйн шинжтэй эсхүл хууль зүйн шинжгүй арилжааны буюу бусад аль ч компани эсвэл нэгдлүүдийг,
 - б) Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын хувьд Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын нутаг дэвсгэрт оршдог, түүний хууль тогтоомжийн дагуу байгуулсан аж ахуйн нэгжүүдийг хэлнэ. Тэдгээрийн үйл ажиллагаа ашиг олох зорилгыг агуулсан буюу агуулаагүй байж болно.

Хоёрдугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаниас түүний нутаг дэвсгэрт хөрөнгө оруулалт хийх явдлыг аль болох хөхүүлэн дэмжиж, ийнхүү оруулж буй хөрөнгийг хууль тогтоомжийнхоо дагуу хүлээн зөвшөөрнө. Ийнхүү хийж буй хөрөнгө оруулалтад аль ч тохиолдолд шударга, эрх тэгш хандана.

2. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаниас түүний нутаг дэвсгэрт оруулсан хөрөнгөө эзэмших, ашиглах, захиран зарцуулахад нь үндэслэлгүй саад тотгор учруулж, ялгаварлан гадуурхахгүй.

3. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын нутаг дэвсгэрт Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компанийс түүний хууль тогтоомжийн дагуу хийхийг зөвшөөрсөн хөрөнгө оруулалт нь энэхүү Гэрээний бүрэн хамгаалалтад байна.

Гуравдугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал түүний нутаг дэвсгэрт Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компанийс эзэмшдэг эсвэл хяналт тааьдаг хөрөнгө оруулалт, түүнчлэн хөрөнгө оруулалттай холбогдсон үйл ажиллагаа явуулахад нь өөрийн эсхүл гуравдагч аль ч улсын иргэд буюу компанийс хөрөнгө оруулалт, түүнчлэн хөрөнгө оруулалттай холбогдсон үйл ажиллагаа явуулахад нь олгодгоосоо дутуугүй тааламжтай нөхцөл олгоно.

2. 1 дэх заалтад дурдсан нөхцөл нь Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талаас гишүүнээр нь элссэн эсвэл хамтарч ажилладаг гаалийн буюу эдийн засгийн холбоо, нэгдсэн зах зээл эсхүл чөлөөт худалдааны бүсийн гишүүн бусад улсын иргэд буюу компанид олгодог давуу талд хамаарахгүй.

3. Энэ зүйлийн дагуу олгосон нөхцөл нь давхар татвараас чөлөөлөх тухай хэлэлцээр, татвартай холбогдсон бусад гэрээ хэлэлцээрийн дагуу Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талаас гуравдагч улсуудын иргэд буюу компанид олгодог давуу талд хамаарахгүй.

Дөрөвдүгээр зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэд буюу компанийс хийсэн хөрөнгө оруулалт Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт бүрэн хамгаалалт, аюулгүй байдалд байна.

2. Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэд буюу компанийс хөрөнгө оруулалтыг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт зөвхөн нийгмийн эрх ашгийн үүднээс болон нөхөн төлбөр хийх үндсэн дээр дайчлан гаргуулах буюу улсын өмч болгох, эсхүл дайчлан гаргуулах буюу улсын өмч болгохтой ижил төстэй үр дагавар бүхий бусад арга хэмжээнд хамааруулж болно. Нөхөн төлбөрийн хэмжээ нь тухайн эд хөрөнгийн дайчлан гаргуулах, улсын өмч болгох буюу тэдгээртэй ижил төстэй арга хэмжээнд хамрагдах эсхүл хамрагдаж болзошгүй нь олон нийтэд мэдэгдэхийн өмнөх үеийн үнэ өртөгтэй дүйх болно. Нөхөн төлбөрийг саадгүй хийж гүйцэтгэх бөгөөд түүнийг төлж дуусах хүртэлх хугацаанд банкны ердийн хүүг нэмж төлнө. Нөхөн төлбөр нь үр ашигтай зарцуулах, чөлөөтэй гуйвуулах боломжтой байна. Дайчлан гаргуулах, улсын өмч болгох эсхүл тэдгээртэй ижил төстэй аль ч арга хэмжээ нь хууль зүйд

нийцэж байгаа эсэх, мөн түүнчлэн нөхөн төлбөрийн хэмжээ нь зохистой эсэхийг хууль тогтоомжийн дагуу хянуулах боломжтой байна.

3. Дайн болон бусад зэвсэгт мөргөлдөөн, хувьсгал буюу бослого гарах, эсхүл үндэсний онцгой байдал зарласны улмаас Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэд буюу компаниас Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт хийсэн хөрөнгө оруулалтад хохирол учрахад хүрвэл Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Тал хохирлыг арилгах, түүнээс сэргийлэх, хохирлыг нөхөн төлөх буюу түүний зохицуулалттай холбогдсон бусад арга хэмжээг авахдаа өөрийн иргэд буюу компанид олгодгоосоо дутуугүй тааламжтай нөхцөлийг хохирол учирч буй иргэд буюу компанид олгоно. Үүнээс үүдсэн төлбөрийг чөлөөтэй гуйвуулна.

Тавдугаар зүйл

Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр хөрөнгө оруулалттай холбогдсон, тухайлбал дараах төлбөрийг чөлөөтэй гуйвуулах баталгааг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компанид өгнө. Үүнд:

- а) хөрөнгө оруулалтыг хэвээр байлгах буюу өргөтгөхөд зарцуулсан үндсэн болон нэмэгдэл хөрөнгө;
- б) өгөөж;
- в) эзэлийн төлбөр;
- г) хөрөнгө оруулалтыг бүхэлд нь буюу хэсэгчлэн худалдах эсхүл татан буулгаснаас олсон орлого;
- д) дөрөвдүгээр зүйлд дурдсан нөхөн төлбөр зэрэг болно.

Зургадугаар зүйл

Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талаас Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт хийсэн хөрөнгө оруулалтад өгсөн баталгааныхаа дагуу өөрийн аль ч иргэд буюу компанид төлбөр төлж байгаа бол Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Тал нь эдгээр иргэд буюу компаний аль ч эрх буюу шаардах эрх төлбөр төлж байгаа Хэлэлцэн Тохирогч Талд хууль тогтоомжийн дагуу эсхүл хууль ёсны хэлцлийн дагуу шилжсэнийг хүлээн зөвшөөрөх бөгөөд энэ нь аравдугаар зүйлд дурдсан Хэлэлцэн тохирогч тухайн Талын эрхэд харшлахгүй болно. Түүнчлэн Хэлэлцэн тохирогч тухайн Тал шилжүүлж авсан аль ч эрх буюу шаардах эрхээ (цаашид шилжсэн шаардах эрх гэх) тэдгээрийг залгамжлуулагчийн нэг адил эдлэхийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө тал зөвшөөрнө. Ийнхүү шилжсэн шаардах эрхийн дагуу хийх төлбөрийг гуйвуулахад

дөрөвдүгээр зүйлийн 2, 3 дахь заалт, тэрчлэн тавдугаар зүйлийг тус тус баримтална.

Долдугаар зүйл

1. Дөрөвдүгээр зүйлийн 2 буюу 3, тав буюу зургадугаар зүйлд дурдсан гуйвуулгыг тухайн үеийн ханшаар тооцож, саадгүй хийнэ.

2. Энэхүү ханш нь тухайн төлбөрийг хийх үед Олон улсын валютын сангаас тусгай эрхэд хамрагдсан валютыг хөрвүүлэхдээ баримтлах ханшуудтай зохицсон байна.

Наймдугаар зүйл

1. Хэрэв Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын хууль тогтоомжийн заалт эсхүл Хэлэлцэн тохирогч талуудаас олон улсын эрхийн дагуу энэхүү Гэрээнд нэмэлт болгож хүлээх эсвэл цаашид хүлээж болох үүргүүд нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаний хөрөнгө оруулалтад илүү тааламжтай нөхцөл олгосон нийтлэг буюу тодорхой заалттай байвал эдгээр заалтыг энэхүү Гэрээнээс илүү тааламжтай нөхцөл тогтоосон хэсэгт нь дагаж мөрдөнө.

2. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаниас түүний нутаг дэвсгэрт хийсэн хөрөнгө оруулалттай холбогдуулан хүлээсэн аль ч үүргээ дагаж биелүүлнэ.

Есдүгээр зүйл

Энэхүү Гэрээ нь түүнийг хүчин төгөлдөр болохоос өмнө Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын иргэд буюу компаниас Хэлэлцэн Тохирогч нөгөө талын Нутаг дэвсгэрт түүний хууль тогтоомжийн дагуу хийсэн бөгөөд бэлэн байгаа хөрөнгө оруулалтад нэг адил хамаарна.

Аравдугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч Талуудын хооронд энэхүү Гэрээг тайлбарлах буюу дагаж мөрдөхөөс үүдэн гарсан санал зөрөлдөөнийг Хэлэлцэн тохирогч хоёр Талын Засгийн газрууд аль болох шийдвэрлэхийг эрмэлзэнэ.

2. Хэрэв санал зөрөлдөөнийг ийнхүү шийдвэрлэж чадаагүй бол түүнийг Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын хүсэлтээр арбитрын шүүхэд мэдүүлнэ.

3. Арбитрын шүүхийг хэрэг тус бүрээр байгуулна. Ингэхдээ Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр шүүхийн нэг нэг гишүүнийг томилох бөгөөд эдгээр хоёр гишүүн нь гуравдагч аливаа орны

иргэдээс даргыгаа сонгож, түүнийг Хэлэлцэн тохи­рогч хоёр Талын Засгийн газар батлан томилно. Хэлэлцэн тохи­рогч аль аль Тал маргааныг арбитрын шүүхэд оруулах бодолтой байгаагаа Хэлэлцэн тохи­рогч нөгөө Талдаа мэдэгдсэнээс хойш шүүхийн гишүүдийг 2 сарын дотор, даргыг 3 сарын дотор томилсон байна.

4. Хэрэв 3 дахь заалтад дурдсан хугацааг баримтлаагүй бөгөөд өөр ямар нэг Тохиролцоонд хүрч чадаагүй бол Хэлэлцэн тохи­рогч аль аль Тал нь Олон улсын шүүхийн даргад хандаж шаардлагатай томилолт хийхийг хүсч болно. Хэрэв уг дарга Хэлэлцэн тохи­рогч аль нэг Талын иргэн байх буюу бусад шалтгаанаар дээрх үүргийг гүйцэтгэж чадахгүй бол түүний орлогчоор шаардлагатай томилолтыг хийлгэх ёстой. Харин орлогч дарга Хэлэлцэн тохи­рогч аль нэг Талын иргэн байх буюу бусад шалтгаанаар уг үүргийг гүйцэтгэж чадахгүй бол Хэлэлцэн тохи­рогч аль аль Талын иргэн биш бөгөөд Олон улсын шүүхийн удаахь зиндааны гишүүн шаардлагатай томилолтыг хийнэ.

5. Арбитрын шүүхийн шийдвэрийг олонхийн саналаар гар­гана. Эдгээр шийдвэрийг заавал биелүүлнэ. Хэлэлцэн тохи­рогч тал бүр өөрийн сонгосон гишүүний болон арбитрт өөрийгөө төлөөлснийхээ зардлыг хариуцна. Даргын болон үлдэж буй бусад зардлыг Хэлэлцэн тохи­рогч Талууд тэнцүү хувааж даана. Арбитрын шүүх зардлыг өөр хувиар хуваан хариуцуулж болно. Арбитрын шүүх энд дурдсанаас бусад бүх асуудлаар дэгээ тогтооно.

6. Хэрэв Хэлэлцэн тохи­рогч хоёр Тал Улс болон бусад улсын иргэдийн хоорондын хөрөнгө оруулалтын маргааныг шийдвэрлэх тухай 1965 оны 3 дугаар сарын 18-ны Конвен­цийн Хэлэлцэн тохи­рогч Талууд мөн бөгөөд Хэлэлцэн тохи­рогч нэг Талын иргэд буюу Компани болон Хэлэлцэн тохи­рогч нөгөө Тал дурдсан Конвенцийн 25 дугаар зүйлийн дагуу харилцан тохирсон тохиолдолд уг конвенцийн 27 дугаар зүйлийн 1 дэх заалтыг үндэс болгон дээр дурдсан арбитрын шүүхэд хандахгүй байж болно. Гэвч энэ нь дурдсан конвен­цийн дагуу байгуулсан арбитрын шүүхийн шийдвэр түүний 27 дугаар зүйлд нийцэхгүй байх эсхүл энэхүү Гэрээний зургадугаар зүйлд дурдсанчлан шаардах эрх хууль тогтоомж эсхүл хууль ёсны хэлцлийн дагуу шилжиж байгаа тохиолдолд дээрх заалтуудад дурдсан арбитрын шүүхэд хандах явдлыг үгүйсгэхгүй.

Арван нэгдүгээр зүйл

1. Хэлэлцэн тохи­рогч аливаа Тал болон Хэлэлцэн тохи­рогч нөгөө Талын иргэд буюу компаний хооронд хөрөнгө

оруулалтаас үүдэн гарч буй санал зөрөлдөөнүүдийг маргаанд оролцогч талууд нь аль болох эвийн журмаар шийдвэрлэх үүрэгтэй.

2. Хэрэв санал зөрөлдөөнийг түүнд оролцогч аль нэг тал хөндөж тавьснаас хойш 6 сарын хугацаанд шийдвэрлэж чадаагүй бол түүнийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компаний хүсэлтээр арбитрын журмаар шийдвэрлүүлнэ. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр арбитрын журмыг хүлээн зөвшөөрснөө үүгээр тунхаглаж байна. Маргаанд оролцогч талууд өөрөөр тохиролцоогүйгээс бусад тохиолдолд аравдугаар зүйлийн 3–5 дахь заалтыг тус тус баримтална. Тэгэхдээ маргаанд оролцогч талууд арбитрын шүүхийн гишүүдийг аравдугаар зүйлийн 3 дахь заалтын дагуу томилох бөгөөд аравдугаар зүйлийн 3 дахь заалтад дурдсан хугацааг баримтлаагүй хийгээд бусад тохиролцоонд хүрээгүй нөхцөлд шаардлагатай томилолт хийхийг Парис дахь Олон улсын худалдааны танхимын дэргэдэх Олон улсын арбитрын шүүхийн даргаас хүснэ. Арбитрын шийдвэрийг дотоодын хууль тогтоомжийн дагуу гүйцэтгэнэ.

3. Маргаанд оролцож буй Хэлэлцэн тохирогч тал нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын иргэд буюу компани учирсан хохирлоо даатгалын контрактын үндсэн дээр бүрэн буюу хагас нөхөн төлүүлсэн гэдэг шалтгаанаар арбитрын хурлын үеэр буюу түүний шийдвэрийг гүйцэтгэх явцад эсэргүүцэл илэрхийлж болохгүй.

4. Хэлэлцэн тохирогч Талууд Улс болон бусад улсын иргэдийн хоорондын хөрөнгө оруулалтын маргааныг шийдвэрлэх тухай 1965 оны 3 дугаар сарын 18-ны өдрийн Конвенцийн Хэлэлцэн тохирогч Талууд болсон тохиолдолд маргаанд оролцогч талуудын хооронд энэ зүйлийн дагуу гарсан санал зөрөлдөөнийг Хэлэлцэн тохирогч Талууд өөрөөр тохиролцоогүйгээс бусад тохиолдолд дээр дурдсан конвенцийн дагуу арбитрт мэдүүлнэ. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр уг дэгийг хүлээн зөвшөөрснөө үүгээр нотолж байна.

Арван хоёрдугаар зүйл

Энэхүү Гэрээ нь Хэлэлцэн тохирогч Талуудын хооронд дипломат буюу консулын харилцаа байгаа эсэхийг үл харгалзан хүчин төгөлдөр хэвээр байна.

Арван гуравдугаар зүйл

1. Энэхүү гэрээг соёрхон батална. Батламж жуух бичгийг аль болох ойрын хугацаанд Улаанбаатар хотноо солилцоно.

2. Энэхүү гэрээ батламж жуух бичиг солилцоноос хойш нэг сарын дараа хүчин төгөлдөр болно. Энэхүү Гэрээ нь 10 жилийн хугацаанд хүчинтэй байх бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Тал түүнийг цуцлах тухайгаа 12 сарын өмнө бичгээр мэдэгдээгүй бол цаашид тодорхой бус хугацаагаар хүчин төгөлдөр хэвээр байна. 10 жилийн хугацаа өнгөрсөн нөхцөлд Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал 12 сарын өмнө бичгээр мэдэгдэх замаар хэдийд ч энэхүү Гэрээг цуцалж болно.

3. Энэхүү Гэрээ хүчин төгөлдөр байх хугацаанд хийсэн хөрөнгө оруулалтын хувьд түүний 1–12 дугаар зүйлийн заалтуудыг энэхүү Гэрээ хүчин төгөлдөр бус болсон өдрөөс хойш 20 жилийн турш дагаж мөрдөнө.

1991 оны 6 дугаар сарын 26-ны өдөр Бонн хотноо герман, монгол хэлээр тус бүр хоёр эх хувь үйлдсэн бөгөөд эх хувиуд нь адил хүчинтэй байна.

Холбооны Бүгд Найрамдах Герман
Улсыг Төлөөлж:

GENSCHER

Бүгд Найрамдах Монгол Ард
Улсыг Төлөөлж:

GOMBOSUREN

ПРОТОКОЛ

Холбооны Бүгд Найрамдах Герман Улс, Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын хоорондын хөрөнгө оруулалтыг хөхүүлэн дэмжих, харилцан хамгаалах тухай Гэрээнд гарын үсэг зурж буй бүрэн эрхт төлөөлөгчид нь дурдсан Гэрээний салшгүй хэсэг болох дараах тодотгол заалтуудыг нэмж тохиролцов. Үүнд:

1. Нэгдүгээр зүйлд

- а) Хөрөнгө оруулалтын өгөөж болон эдгээр өгөөжөөр дахин хөрөнгө оруулалт хийж байгаа тохиолдолд тэдгээрийн өгөөж нь хөрөнгө оруулалтын нэг адил хамгаалалтад байна.
- б) Холбогдох Хэлэлцэн тохирогч Талын эрх бүхий байгууллагаас олгосон үндэсний паспорт эзэмшигчийг тухайн Талын иргэн гэж үзэх боловч энэ нь үндэсний харьяаллыг тодорхойлох бусад аль ч арга замыг үгүйсгээгүй болно.

2. Хоёрдугаар зүйлд

Энэхүү Гэрээ нь холбогдох Хэлэлцэн тохирогч Талаас бүрэн эрхээ хэрэгжүүлэхийг нь олон улсын эрхээр зөвшөөрсөн далай тэнгис дэх эдийн засгийн онцгой бүс нутаг болон эх газрын дагуух бүс нутагт нэг адил хамаарна.

3. Гуравдугаар зүйлд

- а) Гуравдугаар зүйлийн 2 дахь заалтад дурдсан „үйл ажиллагаа” гэсэн нэр томъёогоор хэдий зөвхөн дараах зүйлээр хязгаарлахгүй боловч, тухайлбал хөрөнгө оруулалтыг удирдах, ашиглах, эзэмших, хөрөнгө оруулалттай байх явдлыг хэлнэ. Гуравдугаар зүйлд дурдсан „дутуугүй тааламжтай нөхцөл” гэсэн нэр томъёогоор тухайлбал түүхий эд буюу туслах материал, түлш эрчим хүч, мөн түүнчлэн үйлдвэрлэлийн буюу бусад аль ч зориулалтын хэрэгсэл олж авахад нь хязгаар тавих, тухайн оронд буюу хилийн чанад бүтээгдэхүүнээ борлуулахад нь саад тотгор учруулах, тэдгээртэй ижил төстэй бусад арга хэмжээ авахгүй байхыг хэлнэ. Улсын аюулгүй байдал, нийгмийн хэв журам, иргэдийн эрүүл мэнд буюу ёс суртахууныг хамгаалах зорилгоор авч буй арга хэмжээг гуравдугаар зүйлд дурдсан „дутуугүй тааламжтай нөхцөл” – д хамруулахгүй.

- б) Хэлэлцэн тохирогч аливаа Тал нь түүний хууль тогтоомжийн дагуу зөвхөн тухайн Талын нутаг дэвсгэрт оршдог бие хүн буюу компанид хамруулдаг татвар, татвараас чөлөөлөх буюу татварын хэмжээг хорогдуулах зэрэг хөнгөлөлтийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт оршдог хувь хүн буюу компанид хамруулах үүргийг гуравдугаар зүйлийн заалтуудаар хүлээгээгүй болно.
- в) Хэлэлцэн тохирогч Талууд нь хөрөнгө оруулалттай холбогдсон асуудлаар Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт орох, тэнд түр хугацаагаар байх тухай Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын хүмүүсийн хүсэлтүүдэд өөрсдийн хууль тогтоомжийн хүрээнд нааштай хандах болно. Хөрөнгө оруулалттай холбогдсон ажилд орохоор Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын нутаг дэвсгэрт орох, тэнд түр байх хүсэлтэй Хэлэлцэн тохирогч аль аль Талын хүмүүст мөн нэг адил хандана. Түүнчлэн ажил эрхлэх зөвшөөрөл авах тухай хүсэлтүүдийг нааштай авч үзнэ.

4. Дөрөвдүгээр зүйлд

Хөрөнгө оруулалт хийсэн компаний үйл ажиллагаанд улсын зүгээс хэт оролцсоны улмаас эдийн засгийн үзүүлэлтэд нь хохирол учирвал нөхөн төлбөр хийхийг нэг адил шаардах эрхтэй байна.

5. Долдугаар зүйлд

Гуйвуулгыг ердийн нөхцөлд хийхэд шаардагддаг хугацаанд хийж гүйцэтгэсэн байвал түүнийг долдугаар зүйлийн 1 дэх заалтад дурдсанчлан „саадгүй” хийж гүйцэтгэсэн гэж үзнэ. Дурдсан хугацаа нь зохих хэлбэрээр бүрэн бүрдүүлсэн хүсэлт гаргасан өдөр эхлэх бөгөөд аль ч тохиолдолд хоёр сараас хэтрэхгүй байна.

6. Хэлэлцэн тохирогч Тал бүр хөрөнгө оруулалттай холбогдсон бараа буюу хумуусийг Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талын тээврийн байгууллагаас тээвэрлэхэд ямар ч саад тогтор учруулахгүй бөгөөд шаардлагатай бол тухайн тээврийг хийх зөвшөөрлийг олгож байна. Үүнд дараах зүйлийн тээвэрлэлт хамаарна:

- а) Энэхүү Гэрээний агуулгын дагуу үнэ өртөг бүхий зүйлээр хөрөнгө оруулалт хийсэн байгууллага буюу түүний нэрийн өмнөөс Хэлэлцэн тохирогч аль аль Тал эсвэл гуравдагч аливаа улсын нутаг дэвсгэрт олж авсан эсхүл энэхүү

Гэрээний дагуу хөрөнгө оруулалт хийхтэй шууд холбогдсон бараа:

- б) хөрөнгө оруулалттай холбогдсон асуудлаар зорчиж буй хүмүүс зэрэг болно.

1991 оны 6 дугаар сарын 26-ны өдөр Бонн хотноо герман, монгол хэлээр тус бүр хоёр эх хувь үйлдсэн бөгөөд эх хувиуд нь адил хүчинтэй байна.

Холбооны Бүгд Найрамдах Герман
Улсыг Төлөөлж:

GENSCHER

Бүгд Найрамдах Монгол Ард
Улсыг Төлөөлж:

GOMBOSUREN

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE PEOPLE'S REPUBLIC OF MONGOLIA CONCERNING THE ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the People's Republic of Mongolia, hereafter referred to as the Contracting Parties,

Desiring to intensify bilateral economic cooperation,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals or companies of one State in the territory of the other State,

Recognizing that the encouragement of such investments and their protection on the basis of a Treaty will foster the development of private economic initiatives and improve the prosperity of both peoples,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty

1. The term "investments" shall comprise all kinds of assets, in particular:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights *in rem*, such as mortgages, liens and pledges;

(b) Shares of companies and other kinds of company interests;

(c) Claims to money which has been used to create an economic value, or claims to any performance having an economic value;

(d) Intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility models, commercial designs and models, trade marks, trade names, trade and company secrets, technical processes, know-how and goodwill;

(e) Business concessions under public law, including prospecting and exploiting concessions connected with natural resources;

Any alteration of the form of the investment shall not affect its classification as an investment;

2. The term "returns" shall mean the amounts yielded from an investment for a definite period, such as profits, dividends, interest, and licence or other fees;

3. The term "national" shall mean

(a) In reference to the Federal Republic of Germany: German, as defined by the Basic Law of the Federal Republic of Germany,

(b) In reference to the People's Republic of Mongolia: Mongolian, as defined by the Constitution of the People's Republic of Mongolia;

¹ Came into force on 23 June 1996 by the exchange of the instruments of ratification at Ulan-Bator, in accordance with article 13.

4. The term “companies” shall mean

(a) In reference to the Federal Republic of Germany: juridical persons as well as commercial or other companies or associations with or without legal personality having their seat in the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not their activities are directed at profit,

(b) In reference to the People’s Republic of Mongolia: any business association established in accordance with the Constitution of the People’s Republic of Mongolia and having its seat in the People’s Republic of Mongolia.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its respective laws. It shall in every case accord investments fair and equitable treatment.

(2) No Contracting Party shall in any way impede the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party through arbitrary or discriminatory measures.

(3) Investments by nationals or companies of one Contracting Party admitted in the territory of the other Contracting Party in accordance with its laws shall enjoy the full protection of this Treaty.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall treat investments in its territory owned by nationals or companies of the other Contracting Party or investments in which nationals or companies of the other Contracting Party have a holding, or nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, less favourably than it treats investments of its own nationals or companies, or investments of nationals or companies of any third State.

(2) The treatment referred to paragraph 1 shall not refer to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market, or a free trade area.

(3) The treatment granted under this article shall not refer to privileges granted by either Contracting Party to nationals or companies of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or impending expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensa-

tion shall be paid without delay and shall, until such time as full payment is made, earn interest at the normal rate of bank interest; it shall be effectively realizable and freely transferable. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party who suffer losses on their investments owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt in the territory of the other Contracting Party shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee the nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

- (a) Of the capital and additional amounts which are necessary to maintain or increase the investment;
- (b) Of the returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the liquidation or sale of the whole or any part of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in article 4.

Article 6

If either Contracting Party makes payments to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 10, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of all rights or claims from such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall further recognize the subrogation of the former Contracting Party to all such rights or claims (assigned claims), which the former Contracting Party shall be entitled to exercise to the same extent as its legal predecessor. As regards the transfer of payments by virtue of such assignment, paragraphs 2 and 3 of article 4, and article 5, shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

(1) A transfer under paragraphs 2 or 3 of article 4, or under article 5 or article 6, shall be made without delay at the exchange rate in effect on the day of the transfer.

(2) Such exchange rate must correspond to the cross rate determined on the basis of the conversion rates underlying the International Monetary Fund's special drawing rights conversions for the currencies concerned on the day the transfers take place.

Article 8

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 9

This Treaty shall also apply to investments made by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, in accordance with the legislation of the latter, before the entry into force of this Treaty.

Article 10

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot be thus settled, it shall, upon request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, from the date on which either Contracting Party has informed the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant agreement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from discharging such function, the Vice-President shall make the necessary appointments. If the Vice-President is also a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging said function, the next highest ranking member of the International Court of Justice who is not a national of either Contracting Party shall make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are Contracting States to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Na-

tionals of other States,¹ the arbitral tribunal provided for above may in consideration of the provisions of paragraph 1 of article 27 of the said Convention not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party, under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention is not complied with (article 27) or in the case of an assignment under a law or pursuant to a legal transaction as provided for in article 6 of the present Treaty.

Article 11

(1) Disputes with regard to investments between either Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If a dispute cannot be settled within six months after it has been raised by one of the parties to the dispute, the dispute shall, at the request of a national or company of the other Contracting Party, be subjected to arbitral proceedings. Each Contracting Party hereby declares its consent to such proceedings. If the parties to the dispute do not make a different arrangement, the provisions of paragraphs 3 to 5 of article 10 shall be applied *mutatis mutandis*, subject to the proviso that in accordance with paragraph 3 of article 10 the members of the Arbitral Tribunal shall be appointed by the parties to the dispute and that, should the periods mentioned in paragraph 3 of article 10 not be observed, either party to the dispute may, in the absence of other agreements, invite the President of the Court of Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the necessary appointments. The award shall be enforced in accordance with national legislation.

(3) Neither Contracting Party that is a party to the dispute shall raise the objection during arbitral proceedings or during the enforcement of an arbitral award that the national or company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance policy for part or all of the damage.

(4) In the event that both Contracting Parties shall become Contracting States to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, the disputes between the disputing parties as described in this article shall be subjected to arbitral proceedings within the framework of the aforementioned agreement, unless the parties to the dispute reach a different agreement; each Contracting Party hereby declares its consent to such proceedings.

Article 12

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the two Contracting Parties.

Article 13

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged in Ulan Bator as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 195.

either Contracting Party twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years, this Treaty may be denounced at any time giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination of this Treaty.

DONE at Bonn on 26 June 1991, in duplicate, in the German and Mongolian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

GENSCHER

For the People's Republic
of Mongolia:

GOMBOSUREN

PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments concluded between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Mongolia, the undersigned Plenipotentiaries have reached agreement in addition on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty.

(1) *Ad article 1*

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Irrespective of other procedures undertaken to establish nationality, a national of a Contracting Party shall be defined in particular by the possession of a passport issued by the competent authorities of such Contracting Party.

(2) *Ad article 2*

The Treaty shall also apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf, insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or powers in such territories.

(3) *Ad article 3*

(a) The term "activity" within the meaning of paragraph 2 of article 3 shall refer in particular, but not exclusively, to the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel, or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products in domestic or foreign markets, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, or for the protection of life and health or public morality, shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to natural persons and companies resident in its territory.

(c) The Contracting Parties shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in direct connection with an investment; the same shall apply to employees of either Contracting Party who in direct connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting Party and remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(4) *Ad article 4*

A claim for compensation also arises in the event that the company that is the object of the investment is subject to State intervention and its economic value is thereby significantly impaired.

(5) *Ad article 7*

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of paragraph 1 of article 7 if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which a request has been submitted, in full, and in due form, and may on no account exceed two months.

(6) Whenever goods or persons connected with the investment are to be transported, one Contracting Party shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transport. In this context, the expression “goods or persons to be transported” shall refer to the following:

(a) Goods that are directly connected to the investment within the meaning of this Treaty or those which in the territory of a Contracting Party or of any third State are purchased or ordered by a company in which assets are invested within the meaning of this Treaty.

(b) Persons travelling in connection with an investment.

DONE at Bonn on 26 June 1991, in duplicate, in the German and Mongolian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

GENSCHER

For the People's Republic
of Mongolia:

GOMBOSUREN

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE MONGOLIE RELATIF À
LA PROMOTION ET À LA PROTECTION MUTUELLE DES
INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République populaire de Mongolie, ci-après dénommées « les Parties contractantes »,

Désireuses d'intensifier la coopération économique bilatérale,

Entendant instaurer des conditions favorables aux investissements de ressortissants ou de sociétés d'un Etat sur le territoire de l'autre Etat,

Reconnaissant que l'encouragement de ces investissements et leur protection au moyen d'un traité stimuleront les initiatives économiques privées et amélioreront le bien-être des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme « investissements » désigne les actifs de toute nature et, en particulier :

a) Les biens mobiliers et immobiliers ainsi que tous autres droits réels tels que les hypothèques, les gages et les nantissements;

b) Les parts de sociétés et autres formes de participation à des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou sur des prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle, en particulier les droits d'auteur, brevets, modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, dénominations commerciales, secrets commerciaux et secrets d'affaires, procédés techniques, savoir-faire et clientèle;

e) Les concessions commerciales de droit public, y compris les concessions de prospection et d'exploitation qui concernent des ressources naturelles;

Les modifications de la forme de l'investissement n'affectent pas leur qualité d'investissement.

2. Le terme « revenus » désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période déterminée, notamment les bénéfices, dividendes, intérêts, redevances et autres formes de rémunération.

3. Le terme « ressortissant » désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les Allemands, tels qu'ils sont définis dans la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

¹ Entré en vigueur le 23 juin 1996 par l'échange des instruments de ratification à Ulan-Bator, conformément à l'article 13.

b) En ce qui concerne la République populaire de Mongolie : les Mongols, tels qu'ils sont définis par la Constitution de la République populaire de Mongolie.

4. Le terme « sociétés » désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les personnes morales ainsi que les sociétés commerciales ou autres ou les associations dotées ou non de la personnalité juridique dont le siège est situé en République fédérale d'Allemagne, que leurs activités soient lucratives ou non;

b) En ce qui concerne la République populaire de Mongolie : toute association d'affaires établie conformément à la Constitution de la République populaire de Mongolie et y ayant son siège.

Article 2

1. Chacune des Parties contractantes encourage dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante et les autorise conformément à sa législation. Elle les traite dans tous les cas de manière juste et équitable.

2. Aucune des Parties contractantes n'entrave d'une quelconque manière, par des mesures arbitraires ou discriminatoires, l'administration, l'entretien, l'utilisation ou la jouissance d'investissements, sur son territoire, de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante.

3. Les investissements de ressortissants ou de sociétés de l'une des Parties contractantes admises sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à la législation de celle-ci bénéficient de la pleine protection du présent Traité.

Article 3

1. Aucune des Parties contractantes ne soumettra sur son territoire les investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante, ou les investissements dans lesquels des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante détiennent des participations, ou les activités de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante qui ont un lien avec des investissements sur son territoire à un traitement moins favorable que celui auquel elle soumet les investissements de ses propres ressortissants ou sociétés ou ceux de ressortissants ou de sociétés de tout Etat tiers.

2. Le traitement visé au paragraphe 1 ci-dessus ne concerne pas les privilèges que l'une des Parties contractantes accorde aux ressortissants ou sociétés d'Etat tiers en raison de leur appartenance ou de leur association à une union douanière ou économique, un marché commun ou une zone de libre-échange.

3. Le traitement accordé au titre du présent article ne concerne pas les avantages qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou sociétés d'Etats tiers au titre d'une convention tendant à éviter la double imposition ou d'autres conventions relatives à des questions fiscales.

Article 4

1. Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes bénéficient d'une entière protection et d'une entière sécurité sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2. Les investissements des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes ne peuvent, sur le territoire de l'autre Partie contractante, être expropriés, nationalisés ou soumis à d'autres mesures ayant des effets équivalents à l'expropriation ou à la nationalisation, si ce n'est dans l'intérêt public et moyennant indemnisation. L'indemnité doit correspondre à la valeur que l'investissement exproprié possédait immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou la mesure analogue effective ou imminente a été rendue publique. Elle sera versée sans retard et portera, jusqu'à la date du paiement, un intérêt conforme au taux bancaire normal; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure analogue et le montant de l'indemnité doivent pouvoir être vérifiés au cours d'une procédure judiciaire normale.

3. Les ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes dont les investissements sur le territoire de l'autre Partie contractante subissent des pertes du fait d'une guerre ou autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une insurrection se verront réserver par cette autre Partie contractante un traitement non moins favorable que celui qu'elle réserve à ses propres ressortissants ou sociétés, s'agissant de restitution, de dédommagement, d'indemnisation ou autre contrepartie. Ces paiements seront librement transférables.

Article 5

Chacune des Parties contractantes garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements liés aux investissements et, notamment,

- a) Du capital et des sommes supplémentaires nécessaires à l'entretien ou à l'extension de l'investissement;
- b) Des revenus;
- c) Des remboursements de prêts;
- d) Du produit de la liquidation ou de la vente totales ou partielles de l'investissement;
- e) De l'indemnité prévue à l'article 4.

Article 6

Si l'une des Parties contractantes effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à des ressortissants ou sociétés, cette autre Partie contractante reconnaît, sans préjudice des droits de la première Partie contractante visés à l'article 10, la cession à la première Partie contractante, par l'effet d'une loi ou d'un acte judiciaire, de tout droit ou prétention de ces ressortissants ou sociétés. L'autre Partie contractante reconnaîtra en outre la subrogation de la première Partie contractante à tous les droits ou prétentions en question que la première Partie contractante sera habilitée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre (subrogation). Les paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et l'article 5 s'appliquent par analogie au transfert des paiements à effectuer au titre de la subrogation.

Article 7

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 ou 3 de l'article 4 ont lieu sans retard au taux de change en vigueur à la date du transfert.

2. Ce taux correspond au taux croisé résultant des taux de change que le Fonds monétaire international appliquerait, au moment du paiement, à la conversion des devises en question en droits de tirage spéciaux.

Article 8

1. Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Traité, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Traité, ladite disposition prévaut sur le présent Traité si elle est plus favorable.

2. Chacune des Parties contractantes respectera toute autre obligation qu'elle aura contractée en ce qui concerne les investissements réalisés sur son territoire par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 9

Le présent Traité s'applique également aux investissements déjà réalisés avant son entrée en vigueur par des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à la législation de celle-ci.

Article 10

1. Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité sont, dans la mesure du possible, réglés par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être réglé de la sorte, il sera soumis à un tribunal arbitral sur demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est composé cas par cas de la manière suivante : chacune des Parties contractantes nommera un membre, et les deux membres désigneront d'un commun accord un ressortissant d'un Etat tiers comme Président, qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres seront nommés dans les deux mois, et le Président dans les trois mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais visés au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison de remplir cette fonction, les nominations seront faites par le Vice-Président. Si le Vice-Président est aussi un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est aussi empêché de remplir cette fonction, les nominations incomberont au membre de la Cour qui suit dans la hiérarchie et n'a pas la nationalité de l'une des Parties contractantes.

5. Le tribunal arbitral se prononce à la majorité. Ses décisions ont force obligatoire. Les Parties contractantes supporteront chacune les frais de leur arbitre et de leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du Président et les autres frais seront répartis à égalité entre les Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut

convenir d'un autre mode de répartition des frais. Pour le reste, il arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, du 18 mars 1965¹, le tribunal arbitral susmentionné peut, compte tenu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, ne pas être convoqué dans la mesure où est intervenu entre le ressortissant ou la société d'une Partie contractante et l'autre Partie contractante un arrangement au titre de l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

Article 11

1. Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante seront dans la mesure du possible réglés à l'amiable entre les parties au litige.

2. Si un différend ne peut être réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle il a été soulevé par l'une des deux parties au litige, il sera soumis à une procédure arbitrale sur demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. Chacune des Parties contractantes déclare par les présentes consentir à cette procédure. Si les parties au différend n'en sont pas convenues autrement, les dispositions des paragraphes 3 à 5 de l'article 10 s'appliquent par analogie, sous réserve que les parties au litige désigneront les membres du tribunal arbitral conformément au paragraphe 3 de l'article 10 et que, si les délais visés au paragraphe 3 de l'article 10 ne sont pas respectés, chacune des parties au litige pourra, faute d'autres dispositions, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de commerce internationale de Paris de procéder aux désignations voulues. La sentence arbitrale sera exécutée conformément au droit intérieur.

3. Aucune des Parties contractantes partie au litige ne fera valoir, au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante a reçu au titre d'une assurance une indemnisation pour une partie ou pour la totalité du dommage.

4. Si les deux Parties contractantes deviennent parties à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissantes d'autres Etats, du 18 mars 1965, les différends entre les parties visées par le présent article seront soumis à une procédure arbitrale au titre de la Convention susmentionnée, à moins que les parties au litige n'en conviennent autrement; par le présent Traité, les deux Parties contractantes déclarent acquiescer à une telle procédure.

Article 12

Le présent Traité restera en vigueur, qu'il existe ou non des relations diplomatiques entre les deux Parties contractantes.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 195.

Article 13

1. Le présent Traité est soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Ulan-Bator.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans; à l'expiration de ce délai, il sera prorogé d'une durée indéterminée, sauf si l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit moyennant un préavis donné par écrit douze mois avant son expiration. A l'issue du délai de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, moyennant un préavis de douze mois.

3. En ce qui concerne les investissements réalisés avant la date d'expiration du présent Traité, les articles 1 à 12 s'appliqueront encore pendant une nouvelle période de vingt ans à compter de cette date.

FAIT à Bonn le 26 juin 1991 en deux exemplaires en langues allemande et mongole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

GENSCHER

Pour la République
populaire de Mongolie :

GOMBOSUREN

PROTOCOLE

A la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République populaire de Mongolie relatif à la promotion et à la protection mutuelle des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont en outre convenus des dispositions ci-après, qui font partie intégrante du Traité :

1. *En ce qui concerne l'article premier*

a) Les revenus de l'investissement et les revenus de ceux-ci, s'ils sont réinvestis, bénéficient de la même protection que l'investissement.

b) Est considérée comme ressortissante de l'une des Parties contractantes toute personne possédant un passeport national délivré par les autorités compétentes de ladite Partie contractante, sans préjudice des autres procédures visant à déterminer la nationalité.

2. *En ce qui concerne l'article 2*

Le présent Traité s'applique aussi aux territoires de la zone économique exclusive et du plateau continental, dans la mesure où le droit international autorise la Partie contractante concernée à exercer des droits souverains ou une juridiction sur ces territoires.

3. *En ce qui concerne l'article 3*

a) Sont notamment mais non exclusivement considérés comme « activités » au sens du paragraphe 2 de l'article 3, l'administration, l'entretien, l'utilisation et la jouissance d'un investissement. Sont considérés, en particulier, comme « traitement moins favorable » au sens de l'article 3, les restrictions frappant l'acquisition de matières premières et de matières auxiliaires, d'électricité ou de combustible, ou de moyens de production et d'exploitation de toute nature, qui font obstacle à la commercialisation de produits sur les marchés intérieur et étranger ainsi que toutes autres mesures d'effet analogue. Ne sont pas considérées comme « traitement moins favorable » au sens de l'article 3, les mesures qui doivent être prises pour des raisons de sécurité publique et d'ordre public, de protection de la vie, de la santé ou des mœurs.

b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas une Partie contractante à étendre aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exemptions et réductions fiscaux qu'elle n'accorde, conformément à sa législation fiscale, qu'aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur son territoire.

c) Dans les limites de leurs législations respectives, les Parties contractantes examineront avec bienveillance les demandes d'entrée et de séjour introduites par des personnes d'une des Parties contractantes qui souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante en lien direct avec un investissement; il en est de même pour les salariés de l'une des Parties contractantes qui souhaitent, en lien direct avec un investissement, entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour y exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail seront également examinées avec bienveillance.

4. *En ce qui concerne l'article 4*

Un droit à l'indemnisation existe également lorsqu'il y a eu intervention de l'Etat dans l'entreprise qui est l'objet de l'investissement et que la valeur économique de celle-ci s'en est trouvée considérablement diminuée.

5. *En ce qui concerne l'article 7*

Est réputé effectué « sans retard » au sens du paragraphe 1 de l'article 7 un transfert effectué dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai court à partir de la date à laquelle la demande a été introduite en bonne et due forme et ne peut en aucun cas être supérieur à deux mois.

6. Pour tout transport de biens et de personnes effectué au titre d'un investissement, chacune des Parties contractantes s'abstiendra d'exclure ou d'entraver la participation des entreprises de transport de l'autre Partie contractante et délivrera, s'il échet, les autorisations nécessaires à l'exécution dudit transport. A cet égard, l'expression « biens et personnes à transporter » s'entend :

a) Des biens liés directement à l'investissement au sens du présent Traité ou acquis ou commandés sur le territoire de l'une des Parties contractantes ou de tout Etat tiers par une entreprise dans laquelle sont investis des actifs au sens du présent Traité;

b) Des personnes qui se déplacent au titre d'un investissement.

FAIT à Bonn le 26 juin 1991 en deux exemplaires en langues allemande et mongole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

GENSCHER

Pour la République
populaire de Mongolie :

GOMBOSUREN
